

Pressemitteilung

Schulen zu, Blumenläden auf - Bundesnotbremse zeigt, wo der Bund Prioritäten setzt

Dresden, 22. April 2021. Bundestag und Bundesrat haben gestern bzw. heute die Novellierung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen, konkret die Einführung der sogenannten „Bundesnotbremse“ zur Pandemiebekämpfung. Wesentlicher bildungspolitischer Teil dieser Notbremse ist die Schließung von Schulen und der verpflichtende Distanzunterricht ab einem Inzidenzwert von 165. Der LandesSchülerRat Sachsen (LSR) kritisiert die Entscheidung der Bundespolitik sowie der Sächsischen Staatsregierung im Bundesrat, nun zur Pandemiebekämpfung erneut vor allem auf die Schulen abzustellen.

Online-Unterricht stellt viele Schülerinnen und Schüler vor enorme Probleme. Diese Feststellung trifft heute ebenso zu wie zu Beginn der Pandemie. Die jüngste Studie des ifo-Institutes bestätigt die persönlichen Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern ebenfalls. Joanna KESICKA dazu: „Die Lerndefizite sind groß, die psychische Belastung für Schülerinnen und Schüler wächst, die Kluft zwischen jenen aus gut gebildeten Haushalten und aus sozial schwierigen Lebenslagen vertieft sich weiter. Es ist dringend nötig, Lern-Rückstände aus dem letzten Jahr aufzuholen, doch das nun verabschiedete Gesetz trägt dazu in keiner Weise bei und legt aus unserer Sicht die falschen Schwerpunkte zur Eindämmung der Pandemie: Eine Home Office-Pflicht für weite Teile der Wirtschaft wird abgelehnt, Schülerinnen und Schüler hingegen werden kurzerhand wieder vor den heimischen Bildschirm geschickt. Blickt man drauf, wer auch bei hoher Inzidenz noch öffnen darf, erhalten Gartencenter und Blumenläden nach dem neuen Infektionsschutzgesetz eine höhere Priorität als Schulen. All das vermittelt den Eindruck, dass der Bund die Lage der Schülerinnen und Schüler, sowie die teils großen Lerndefizite, weitgehend ausblendet und Schulschließungen als den Weg des geringsten Widerstandes der Pandemiebekämpfung betrachtet, statt pädagogische Aspekte zu bedenken.“

Der Umgang mit der neuen Bundesnotbremse wird jetzt zur Aufgabe für die Staatsregierung. Wer heute im Bundesrat für Schulschließungen stimmte, muss auch alles dafür tun die Inzidenz möglichst schnell unter den Wert von 165 zu bringen und zu halten.

Das Schuljahr ist noch nicht vorbei und es braucht für den Unterricht dringend Antworten auf bekannte Probleme: „Auch im Schulbereich selbst muss es voran gehen: es fehlt bis heute ein Plan, wie der Notendruck auf Schülerinnen und Schüler verringert werden soll, auch die angekündigte Lernstandserhebung muss zeitnah erfolgen. Außerdem braucht es belastbare Konzepte für Nachhilfe und Ausgleich der Lerndefizite, auch unter Hinzunahme der angekündigten Bundesmittel“, fasst Joanna KESICKA zusammen. Auf die Erhöhung der Bundesmittel über das bereits bekannte Maß hinaus und deren voraussetzungslose Auszahlung muss der Freistaat nun erst recht beharren – wenn der Bund die Schulen schließt, soll er auch für die erzeugten Lernde-

fizite bezahlen.